

HANS-PETER SCHWARZ

DIE REGIERUNG KIESINGER UND DIE KRISE
IN DER ČSSR 1968

Welche Bedeutung hatte der „Prager Frühling“ und die Intervention des Warschauer Paktes vom 20. August 1968 für die Bundesrepublik Deutschland? Diese Frage wird im folgenden unter fünf Aspekten erörtert. Teil 1 behandelt die Vorgänge in bezug auf die besonderen Probleme der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Die Bemühungen der Regierung Kiesinger, auch die ČSSR in eine differenziert angelegte Entspannungspolitik einzubeziehen, stehen dabei im Mittelpunkt. Operativ ging es hier um den Wunsch, nach Möglichkeit volle diplomatische Beziehungen zu erreichen. Voraussetzung dafür war die Aushandlung beiderseits akzeptabler Formeln bezüglich der Ungültigkeit des Münchener Abkommens vom September 1938.

In Teil 2 wird untersucht, welchen Stellenwert die maßgeblichen Bonner Politiker dem „Prager Frühling“ im Gesamtkontext der damaligen Ostpolitik einräumten. Wurde im Frühjahr 1968 erkannt, daß die unerwartete Entwicklung in Prag zunehmend die Gesamtheit der bundesdeutschen Entspannungspolitik in die Krise führen könnte? Dabei ist von besonderem Interesse, wie es sich mit jenen Vorstößen verhielt, die nach der Intervention von der Ostblock-Propaganda, aber auch vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, als deutliches Indiz für eine vorlaute, provokative deutsche Ostpolitik gewertet wurden – etwa Reisen von Abgeordneten nach Prag, die Gespräche zwischen dem Präsidenten der tschechoslowakischen Notenbank Otakar Pohl und Bundesbankpräsident Karl Blessing. Der Gesamtkomplex dieser Kontakte kann nicht abschließend behandelt werden, doch erlauben die vorliegenden Dokumente immerhin Rückschlüsse auf die Linie Kurt Georg Kiesingers und des Auswärtigen Amts. Dies ist das Thema von Teil 3.

Das westliche, somit auch das deutsche Krisenverhalten in den Tagen und Wochen nach der Intervention wird in Teil 4 dargestellt. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die Krise das Verhältnis der Bundesregierung zu Moskau, Washington und Paris belastet hat. Insbesondere wird hier beleuchtet, welche Schlussfolgerungen die maßgeblichen Bonner Politiker aus den Vorgängen in der ČSSR gezogen haben und mit welchen Vorwürfen sie sich nachträglich konfrontiert sahen. Teil 5 skizziert einige zusammenfassende Bewertungen, wobei nochmals die Frage aufgegriffen wird, ob und inwieweit die ČSSR-Krise von 1968 ein Katalysator für die künftige Ostpolitik Bonn's gewesen ist. Als Quellenbasis liegen der Studie eine Auswahl von Schlüsseldokumenten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts und relevante Gesprächsprotokolle Bundeskanzler Kiesingers zugrunde.

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

1. Die belasteten Beziehungen zwischen Bonn und Prag

In der Geschichte der bundesdeutschen Nachkriegsdiplomatie stellt das Jahrzehnt von 1963 bis 1973 die Phase eines Comeback nach Ostmitteleuropa und auf den Balkan dar. Diesem Vorgang, der nur schleppend in Gang kam, standen im wesentlichen drei Hindernisse entgegen. Das erste war die Gesamtheit juristischer Positionen, die mit den Begriffen Alleinvertretungsrecht und Nicht-Anerkennung der DDR zu umschreiben sind. Seitdem sich Bundesaußenminister Gerhard Schröder bereit gefunden hatte, in allen Staaten des Ostblocks außer der DDR Handelsvertretungen zu errichten, ließ sich eine Erosion dieser juristischen Grundsatzpositionen erkennen. Nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 war die Bundesregierung bereits so weit, Begründungen zu finden, die es rechtfertigten, zu allen Staaten des Ostblocks (wiederum mit Ausnahme der DDR) sogar volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Man argumentierte jetzt, daß diese Ostblock-Staaten seit Gründung der DDR im Jahr 1949 zu dieser nur gezwungenermaßen diplomatische Beziehungen unterhalten hatten, und leitete daraus die Berechtigung ab, in solchen Sonderfällen gleichfalls diplomatische Beziehungen aufzunehmen, während man aber gegenüber Nicht-Ostblock-Staaten weiterhin mit großem Nachdruck am Alleinvertretungsanspruch festhielt.

Allerdings erlaubte auch die neue „Geburtsfehlertheorie“ kein uneingeschränktes Vorgehen, denn bei Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mußte den Ostblock-Staaten die Hinnahme bestimmter Rechtsvorbehalte in bezug auf Deutschland als Ganzes, auf die DDR und auf Berlin zugemutet werden. Daraus ergab sich das zweite Hindernis. Natürlich suchte die Sowjetunion mit Blick auf ihre eigenen deutschlandpolitischen Positionen die Regierungen ihres Hegemonialsystems darauf zu verpflichten, eben diese Rechtsvorbehalte nicht hinzunehmen. Ohnehin mußte Moskau befürchten, ein diplomatisches Comeback des wirtschaftlich, technologisch und kulturell attraktiven deutschen Kernstaates in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan könne im eigenen Block Erosionstendenzen zur Folge haben. Polen und Rumänien hatten sich zwar gegenüber der Hegemonialmacht bereits einen gewissen Spielraum der Eigenständigkeit gesichert, was im Januar 1967 im Fall Rumäniens sogar zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik geführt hatte. Auf der Ostblock-Konferenz in Karlsbad im April 1967 gelang es aber der Sowjetunion, alle anderen Staaten des Bündnisses auf einen Komplex recht restriktiver Bedingungen festzulegen. Je orthodoxer eine Parteiführung war, und die tschechoslowakische Parteiführung unter Antonín Novotný war damals eine der reaktionärsten, umso williger folgte sie in diesem Punkt den sowjetischen Erwartungen.

Immerhin gab es aber selbst aus der Sicht orthodoxer Parteiführungen durchaus Gründe für eine vorsichtige Normalisierung im Verhältnis zu Bonn. Darunter figurierte besonders prominent in erster Linie das Interesse an intensivierten, durch günstige Kredite abgesicherten Wirtschaftsbeziehungen. So berichtete beispielsweise Bundesaußenminister Willy Brandt dem Ministerrat der Westeuropäischen Union

bei der Frühjahrskonferenz in Rom, Anfang April 1967, nach deutscher Auffassung sei der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien durchaus an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gelegen. Brandt rechnete aber mit einer „gewissen Verzögerung“ und „Erschwerung“ dieser Verhandlungen¹. Schon sechs Wochen später, nach der erwähnten Konferenz von Karlsbad, mußte aber Ministerialdirektor Hans Ruete in einer Aufzeichnung zum Stand und zur Fortentwicklung des bundesdeutschen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn resigniert feststellen: „Unsere Bemühungen, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzunehmen und dadurch unser Verhältnis zu ihnen zu verbessern, sind ins Stocken geraten.“ Grund dafür seien intensive Einwirkungen von seiten Ostberlins und Warschaws, unterstützt von Moskau².

Zu diesen generellen Hemmnissen der „neuen Ostpolitik“ kam noch ein drittes Hindernis. Aufgrund der Vorgänge seit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg bestanden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer Reihe von Ostblock-Staaten schwierigste bilaterale Probleme. Das galt besonders für Polen und für die ČSSR.

Im Fall der ČSSR stand die Frage im Vordergrund, von wann an das Münchener Abkommen vom September 1938 ungültig geworden war. Damit verbunden waren die vielschichtigen Aspekte der sudetendeutschen Vertriebenen (Staatsangehörigkeit, Vermögensfragen). Prag insistierte durchgehend darauf, die Bundesregierung müsse erklären, das von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossene Münchener Abkommen sei „ex tunc“ ungültig gewesen. Da sich damit komplizierte Staatsangehörigkeitsfragen der zumeist in der Bundesrepublik, zu einem kleinen Teil auch noch in der ČSSR lebenden Sudetendeutschen verbanden, zögerte Bonn, dies einzuräumen. Zwar war man im Auswärtigen Amt ganz zuversichtlich, rechtliche Formeln finden zu können, die von beiden Seiten akzeptiert werden konnten, zumal Bundeskanzler Kiesinger bereits in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 die Ungültigkeit des Münchener Abkommens festgestellt hatte. Doch legte die deutsche Regierung durchgehend großen Wert darauf, im Zusammenhang mit einer gemeinsam mit Prag vereinbarten Erklärung sicherzustellen, daß danach nicht von seiten Prags Forderungen in Entschädigungs- und Finanzfragen sowie in puncto Staatsangehörigkeit nachgeschoben würden³.

Hüben wie drüben verband sich dies mit schwierigsten politisch-psychologischen Fragen. Auf tschechoslowakischer Seite argumentierte man, die Tschechoslowakei sei das erste Opfer deutscher Gewaltpolitik gewesen, wobei der Hinweis auf diese historische Schuld des Deutschen Reiches nicht zuletzt die Austreibung der deutschen Volksgruppe legitimieren sollte. 1930 hatte sich die Gesamtbevölkerung der Tsche-

¹ Forster an das Auswärtige Amt, 5. 4. 1967, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD) 1967, Dok. 119, S. 539.

² Aufzeichnung Ruete, 26. 5. 1967, in: AAPD 1967, Dok. 185, S. 789.

³ Zur Beurteilung der Rechtslage im Auswärtigen Amt siehe Aufzeichnung Treviranus, 9. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 152, S. 567.

choslowakei auf 13 006 604 Menschen belaufen, darunter 3 306 099 Deutsche. 1950 lebten noch 165 117 Deutsche in der ČSSR⁴. In der Bundesrepublik war die Lage auch deshalb so schwierig, weil die vertriebene sudetendeutsche Volksgruppe relativ geschlossen in Bayern, insbesondere im Bayerischen Wald, wieder eine Heimat gefunden hatte. Da dieser beträchtliche Wählerblock damals einerseits der CSU zuneigte, andererseits – wegen der großen Zahl vertriebener sudetendeutscher Arbeiter – auch den Sozialdemokraten, war ein parteiübergreifendes Interesse gegeben, den moralischen, staatsrechtlichen und auch vermögensrechtlichen Forderungen der innenpolitisch gut organisierten sudetendeutschen Lobby starke Beachtung zu schenken.

Solange die Führung der tschechoslowakischen Kommunisten uneingeschränkt der Linie Moskaus folgte, fiel es somit der Außenpolitik Prags nicht schwer, die Bemühungen Bonns um Normalisierung aufzufangen, indem die Frage des Münchener Abkommens nach vorn gerückt wurde. Dies erklärt, weshalb die ČSSR bis zum Jahr 1967 das einzige Land war, in dem keine Handelsmission der Bundesrepublik hatte errichtet werden können. Erst im Juni und Juli 1967, also noch im Vorfeld des „Prager Frühlings“ (der Parteichef Antonín Novotný wurde Anfang Januar 1968 gestürzt und verlor am 22. März 1968 auch sein Amt als Staatspräsident), fanden in Prag offizielle Verhandlungen über die künftige Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses statt. Deutscher Verhandlungsleiter war Egon Bahr, der Vertraute Bundesaußenminister Brandts, damals Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt⁵. Es kam zu einer Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen, allerdings mit der Maßgabe, daß die Handelsvertretung keinen verbrieften Zugang zum Außenministerium erhielt, vielmehr sollte das Außenhandelsministerium zuständig sein.

Anfangs hatte diese Restriktion recht lästige Konsequenzen. Als nämlich die bundesdeutsche Handelsvertretung unter Leitung des Ministerialdirigenten Otto Heipertz schließlich im Februar 1968 ihre Tätigkeit aufnahm, konnte der offizielle Vertreter Bonns zwar intensiv berichten, natürlich auch Gespräche in dem pluralistisch rasch aufgefächerten politischen Raum führen; er war aber anfänglich in seinen Entfaltungsmöglichkeiten doch noch beschränkt. Nachdem Jiří Hájek, ein Politiker aus dem liberalen Reformflügel, an die Spitze des Außenministeriums in Prag getreten war, durfte Heipertz zwar auch im Außenministerium sondieren⁶. Die Lage war aber weiter nicht befriedigend, zumal im Prager Außenministerium auf der nachgeordneten Ebene Exponenten des anti-reformerischen Flügels im Amt blieben. Denn nun wurde in Bonn selbstverständlich erwartet und erhofft, relativ kurzfristig die Handelsvertretung in eine volle diplomatische Vertretung umwandeln zu dürfen.

Bemühungen um grundsätzliche Verbesserungen der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen liefen gelegentlich auch über deutsche und tschechoslowakische

⁴ Siehe Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1962, Bd. 7, S. 1051.

⁵ Siehe AAPD 1967, Dok. 178, S. 769; Dok. 218, S. 898; Dok. 256, S. 1020; Dok. 276, S. 1112; Dok. 281, S. 1127; Dok. 284, S. 1142; Dok. 287, S. 1149 und Dok. 289, S. 1154.

⁶ Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 764, Anm. 4.

Botschaften in Drittländern, besonders in Österreich⁷ und in einer kurzen labilen Phase nach dem 20. August 1968 auch über die Handelsvertretung der ČSSR in Frankfurt⁸. Unvermeidlicherweise spielten auf tschechoslowakischer Seite auch nicht-offizielle Emissäre eine gewisse Rolle, insbesondere der Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, Professor Antonín Šnejdárek, der in diesen Monaten erhebliche Aktivität entfaltete und sich – so nahm man in der Handelsvertretung in Prag an – als erster tschechoslowakischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland ins Spiel bringen wollte⁹. Aus Sicht der professionellen Diplomaten wirkten die Aktivitäten derartiger Emissäre naturgemäß „oft eher verwirrend als klärend“¹⁰.

Die Politik Bonns Prag gegenüber muß vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Bedingungen gesehen werden. Als der „Prager Frühling“ im April 1968 hereinbrach, war ein doppeltes Bestreben deutlich erkennbar. Einerseits hoffte Bonn die veränderte Lage nutzen zu können, um die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zu normalisieren; Ziel war die baldige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen nach dem Vorbild der Beziehungen zu Rumänien. Andererseits war man sich der prekären Lage der Prager Reformer stark bewußt und entschlossen, die deutschen Wünsche keinesfalls zu forcieren. Seit dem Frühsommer 1968 lag es auf der Hand, daß der Prager Reformkommunismus für die Gesamtheit der Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock von entscheidender Bedeutung sein würde. Nach den betrüblichen Erfahrungen mit der Ungarnpolitik des Westens im Herbst 1956 schien es somit geboten, die Akzeptanz des Reformprozesses in Moskau nicht durch einseitiges deutsches Drängen auf Normalisierung zu gefährden.

Der für die Gesamtanlage der Politik gegenüber Prag zuständige Ministerialdirektor Ruete formulierte dementsprechend in einer von Legationsrat Hans Jörg Kastl konzipierten Aufzeichnung vom 21. Juni 1968: „Uns ist an dem Gelingen der tschechoslowakischen Neuorientierung gelegen. Wir wollen daher die ČSSR in der innen- und außenpolitisch heiklen Frage der diplomatischen Beziehungen nicht drängen. Diskret und taktvoll sollten wir aber die Zeit nutzen, um die Aufnahme vorzubereiten.“¹¹ Die bisher verfügbaren Dokumente lassen erkennen, daß dies in der Tat die offizielle Grundlinie war.

Auf tschechischer Seite war nach Übernahme des Außenministeriums durch Hájek anfänglich Geneigtheit zu verspüren, in Sachen voller diplomatischer Beziehungen vergleichsweise kühn zu prozedieren. In Gesprächen der CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx und Ernst Müller-Hermann in Prag meinte beispielsweise der recht progressive Abteilungsleiter Rezek im Prager Außenministerium, er sehe „keine Hinderungsgründe für einen baldigen Botschafteraustausch“¹². Je mehr aber Prag

⁷ Siehe Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.

⁸ Siehe Aufzeichnung Kastl, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 276, S. 1067.

⁹ Siehe Heipertz an Duckwitz, 17. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 223, S. 877.

¹⁰ Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 764.

¹¹ Ebenda, S. 765.

¹² Drahtbericht Heipertz an das Auswärtige Amt Nr. 98 vom 24. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 170, S. 643, Anm. 2.

unter Druck von seiten Moskaus geriet, desto zurückhaltender wurde man dort. Immerhin schienen aus deutscher Sicht gewichtige Fortschritte noch Ende Juni vorstellbar. Am 9. September 1968 sollte der in Prag als entscheidend erachtete Parteitag zusammentreten, von dem eine Befestigung der Position der Reformer erwartet wurde, und am 30. September würde sich der 30. Jahrestag des Münchener Abkommens jähren. So stellte man sich im Auswärtigen Amt darauf ein, im Verlauf des September in offiziellen, jedoch diskreten Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Seite eine beiderseits befriedigende Erklärung zur Ungültigkeit des Münchener Abkommens zu erzielen, wobei Prag zu versichern hätte, daß sich daraus keine schädlichen Rechtswirkungen ergeben würden¹³.

Am 20. August 1968, ein paar Stunden vor der unerwarteten Intervention, ließ der Bericht eines in Prag stationierten deutschen Diplomaten allerdings deutlich erkennen, daß selbst die an einer positiven Lösung interessierten tschechischen Vertreter recht vorsichtig geworden waren. Das Fernschreiben des Vortragenden Legationsrats Werner Rouget, das am 20. August um 17:02 Uhr einging, schloß mit einem Satz, den Außenminister Hájek auf einer Pressekonferenz am 17. August formuliert hatte: „Bis volle diplomatische Beziehungen eingerichtet werden, wird noch eine lange Zeit vergehen.“¹⁴

Nach der Intervention in der Nacht vom 20. zum 21. August kam wieder alles zum Stillstand. Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag, in dem schließlich für die regelungsbedürftige Materie allseits akzeptable Formeln gefunden wurden, kam erst am 11. Dezember 1973 als letzte der Vereinbarungen unter Dach und Fach, die nach dem ostpolitischen Tauwetter der Jahre 1970 bis 1972 abgeschlossen wurden. Am 25. Mai 1974 nahm der erste Botschafter der ČSSR in Bonn seine Tätigkeit auf, mehr als sechs Jahre nachdem ein hochrangiger tschechoslowakischer Diplomat bei einer Unterredung in Wien Mitte April 1968 mit Blick auf kurz bevorstehende Prager Initiativen für eine rasche, wirksame Intensivierung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen besonders auf dem Feld der Wirtschaft mit der Feststellung plädiert hatte: „Die jetzige Situation könne sich vielleicht nie mehr wiederholen.“¹⁵

2. Der „Prager Frühling“ im Gesamtkontext der bundesdeutschen Ostpolitik

Die umsichtig komponierte Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger läßt erkennen, daß die Verbesserung der Beziehungen zu Prag als nicht unwichtig erachtet wurde, aber auch nicht als vorrangig. Dies war nicht zuletzt deshalb so, weil das Regime Novotnys als eines der reaktionärsten im Ostblock angesehen

¹³ Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 767 f.

¹⁴ Rouget an Duckwitz, 20. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 259, S. 1021.

¹⁵ Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.

wurde. Hinzu kam aber auch, daß die öffentliche Aufmerksamkeit seit dem Jahr 1956 in viel stärkerem Maß Polen und Ungarn zugewandt war als der Tschechoslowakei. Bei der vorrangigen Beschäftigung mit Polen war gewiß die kritische Frage der Westgrenze Polens in Verbindung mit dem Schicksal der Vertriebenen von maßgeblicher Bedeutung, aber auch die Tatsache, daß Polen unter Wladyslaw Gomulka alles in allem einen größeren Spielraum besaß als andere Ostblock-Länder. Und bezüglich Ungarn war historisch weit zurückreichende Sympathie maßgeblich, verstärkt durch die Bewunderung für die Freiheitsbewegung Ungarns im Herbst 1956. Demgegenüber galt Prag, wie schon erwähnt, eher als schwieriger Kunde.

Wie insgesamt nachgeordnet der Stellenwert der Tschechoslowakei war, erhellen die Dokumente zu dem außenpolitischen Kolloquium, das am 2. und 3. Mai 1968 auf der Wasserburg Heimerzheim stattfand. Es war dies eine in dieser Form einzigartige Beratung. Den Vorsitz führte Bundeskanzler Kiesinger. Alle maßgeblichen Minister nahmen teil, so Bundesaußenminister Brandt und von Hassel, Bruno Heck, Franz Josef Strauß, Karl Schiller, Gerhard Schröder und Herbert Wehner, dazu die Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt sowie maßgebliche Staatssekretäre und andere Politiker oder Beamte in Schlüsselfunktionen. Die wichtigsten Botschafter – u. a. Helmut Allardt (Moskau), Sigismund Freiherr von Braun (UN, New York), Wilhelm G. Grewe (NATO, Brüssel), Hans Heinrich Herwarth von Bittenfeld (Rom), Manfred Kläiber (Paris), Karl Heinrich Knapstein (Washington) – hatten vorweg Analysen übersandt, hielten Referate und beteiligten sich an der Diskussion.

Der Gedankenaustausch sollte einer umfassenden Erörterung aller Aspekte der deutschen Außenpolitik dienen. Kiesinger eröffnete sie mit der Feststellung, „daß das vermeintliche Ende des Kalten Krieges nicht nur die außenpolitische, sondern auch die innenpolitische Situation verändert habe“¹⁶. Es ist hier nicht der Ort, auf diesen Versuch einer Bestimmung des deutschen Standorts im einzelnen einzugehen. Alle günstigen Aspekte, doch vor allem die nur zu deutlichen Schwierigkeiten kamen zur Sprache: die Erosion der NATO („Verschleiß der Allianz“, so Sigismund von Braun¹⁷; „Fortbestand der NATO über 1969 hinaus: wahrscheinlich, aber keineswegs gesichert“, so Wilhelm G. Grewe¹⁸), die Perspektive einer Abschwächung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa, das gemeinsame Drängen der USA und der Sowjetunion (mit diskreterer Beteiligung Großbritanniens und Deutschlands) auf eine baldige Unterzeichnung des fast fertig ausgehandelten Non-Proliferationsvertrags, der sowjetische Druck auf die Bundesrepublik und Berlin unter Verweis auf die Interventionsartikel 53 und 107 der UN-Charta, die Stagnation der deutschen Initiativen gegenüber Ostmitteleuropa und auf dem Balkan („der erste große Schwung in der Ostpolitik ist vorbei“, so Kiesinger¹⁹), die Krise der europäischen Integration we-

¹⁶ Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 2. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 146, S. 525.

¹⁷ Von Braun an das Auswärtige Amt, 22. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 137, S. 498.

¹⁸ Grewe an Noebel, 23. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 139, S. 504.

¹⁹ Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 3. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 147, S. 547.

gen de Gaulle und in der Beitrittsfrage Großbritanniens und nicht zuletzt schließlich die Ausweglosigkeit der bisherigen Deutschlandpolitik.

Helmut Schmidt beispielsweise meinte bei dieser Gelegenheit, „daß die Erosion der NATO schneller voranschreite als der Auflösungsprozeß in Osteuropa“. Rechtzeitige „Frontbegradigungen“ seien zu prüfen²⁰. Kiesinger plädierte demgegenüber in der deutschen Frage dafür, „zu halten, was zu halten ist“, in der Hoffnung auf bessere Zeiten, und bemerkte: „Die Geschichte hat eine reichere Phantasie als wir. Die Zeit arbeitet für uns . . .“, denn die Russen hätten – wie Botschafter Gebhardt von Walther zuvor betont hatte – in der Geschichte noch nie zuvor „gegen das Kulturgefälle Erfolg“ gehabt, womit die Attraktivität der westlichen Gesellschaften gemeint war²¹. Ganz allgemein wurde festgestellt, daß alle Aspekte der Ost- und Deutschlandpolitik miteinander zusammenhängen, wobei sich sowohl Kiesinger als auch Wehner gegen große Paketlösungen und für eine Politik der kleinen Schritte aussprachen.

Wie figurierte in diesem Gesamtbild der „Prager Frühling“, der nach dem endgültigen Sturz Staatspräsident Novotnýs und der Bildung einer reformerischen Regierung Anfang April 1968 voll am Erblühen war? Bundesaußenminister Brandt trug im Einleitungsreferat eine recht skeptische Einschätzung vor: „In der Tschechoslowakei sei ein gewisser Rückschlag möglich. Jedenfalls müßten wir damit rechnen, daß die neue Regierung außenpolitisch sehr zurückhaltend verfare. Sollte sie am Ruder bleiben, könnte man mit ihr über München sprechen. Hinsichtlich wirtschaftlicher Hilfe sollten wir von uns aus nicht initiativ werden.“²² Doch war er der Meinung, man solle die Entwicklung in der ČSSR als Beispiel für die Unvorhersehbarkeit günstiger geschichtlicher Entwicklungen werten („wer hätte z. B. vor einem Jahr die Entwicklung in Prag vorausgesehen“)²³.

Alles in allem aber spielte der „Prager Frühling“ doch nur am Rande in die Überlegungen mit hinein. Dies ist deshalb auffällig, weil an und für sich bei derartigen Strategiesitzungen häufig dramatische, unerwartete Vorgänge der Tagespolitik ungeplant in den Mittelpunkt der Erörterungen drängen. Doch weder wurde in dieser eher auf Moll gestimmten Diskussion über den Zustand der Ostpolitik ein Gedanke darauf verwandt, was sich daraus ergeben könnte, wenn die Entwicklung außer Kontrolle geriete. Noch war davon die Rede, die Vorgänge in Prag könnten auf andere Staaten des Ostblocks ausstrahlen – mit weitgehenden Rückwirkungen. Erst recht dachte niemand daran, etwa dafür zu plädieren, die Reformer in Prag zu ermutigen. Die Stimmung war eher resignativ und angesichts der großen Schwierigkeiten ausgeprägt ratlos.

Freilich war es ein Kolloquium mit zahlreichen Teilnehmern, auf dem feinere strategische Kalküle gewiß keinen Platz hatten. Aber die Ausarbeitungen in den Schlüsselbereichen des Auswärtigen Amtes lassen eine ähnlich defensive Grundeinstellung

²⁰ Ebenda, S. 536 und S. 546.

²¹ Ebenda, S. 545.

²² Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 2. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 146, S. 528.

²³ Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 3. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 147, S. 539.

erkennen. Genauer gesagt: auch das Auswärtige Amt hielt an der Grundphilosophie einer beweglicheren Ostpolitik fest, die durch allseitige Gesprächsbereitschaft, durch Vermeidung von Provokationen der Sowjetunion und durch Hoffnungen auf die allmähliche Auswirkung positiver Entspannungspolitik gekennzeichnet war.

Daß die gesamte Entspannungspolitik in Prag aus dem Gleis geraten könne, war jedenfalls in den Wochen vor der Intervention in Bonn nur selten zu hören. Gelegentlich kamen warnende Fernschreiben aus Washington. Der mit Bundeskanzler Kiesinger eng verbundene Gesandte Georg von Lilienfeld berichtete beispielsweise Mitte Juli über ein Gespräch mit dem dortigen Unterstaatssekretär Eugene Rostow, nach dessen Einschätzung sei die Entwicklung in der ČSSR „das Wichtigste, was seit dem Kriege in Europa geschehen sei“²⁴.

Rostow sah zwei Möglichkeiten: „Falls die Sowjets sich zu einer militärischen Intervention entschließen sollten, würde dies für das gesamte Ost-West-Verhältnis katastrophale Folgen haben. Der Sieg der dogmatischen Kräfte in den Ostblock-Staaten würde das Ende des bisher auf dem Gebiet der Entspannung mühsam Erreichten bedeuten.“ Sollte sich aber Alexander Dubček mit seinen Reformbewegungen durchsetzen, würde dies für die Sowjets „das Ende der imperialistischen Ära bedeuten“, zugleich aber sehr günstige Aussichten für weitere Schritte der Entspannung im gesamten Ost-West-Verhältnis eröffnen.

Beim Blick auf die Bonner Politik ergibt sich jedenfalls ein Bild des vorsichtigen Abwartens, des Versuchs zur Entdramatisierung und fast durchgehend die Neigung, nicht die Gesamtheit der Ostpolitik von den Vorgängen in der Tschechoslowakei abhängig zu machen. Diese Politik hatte natürlich viel mit dem generellen Klima des „verrückten“ Jahres 1968 zu tun, das nach Meinung historisch gebildeter Beobachter manches mit dem europäischen Revolutionsjahr 1848 gemein hatte: die unvorhergesehene Mai-Revolte in Paris, die dem Prestige de Gaulles, der seinen Rumänien-Aufenthalt abbrechen mußte, einen schweren Schlag zufügte; die Krise der US-Kriegsführung in Vietnam im Gefolge der Tet-Offensive und der Verzicht Präsident Lyndon B. Johnsons, erneut zu kandidieren; die Studentenproteste in der Bundesrepublik und in Italien, dies alles in der Bundesrepublik zusätzlich verbunden mit dem Aufstieg der nationalistischen NPD.

3. Bundesdeutsche Initiativen als Provokationen?

Wenn man also betont, daß das offizielle Bonn in den Monaten vor dem 20./21. August und erst recht danach ganz demonstrative Zurückhaltung an den Tag zu legen versuchte, bleibt doch zu erörtern, wie es sich mit jenen Vorgängen verhielt, aus denen die sowjetische Propaganda, aber auch Staatspräsident de Gaulle, im nachhinein eine bundesdeutsche Mitschuld an dem Entschluß zur Intervention konstruierten. War Bonn nicht doch in manchem allzu provokativ?

²⁴ Von Lilienfeld an das Auswärtige Amt, 18. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 225, S. 890.

Daß die bundesdeutsche Diplomatie bezüglich des Münchener Abkommens und mit Blick auf das Wunschziel voller diplomatischer Beziehungen zurückhaltend und mit Umsicht operiert hat, wurde schon ausgeführt. In den Anfängen des „Prager Frühlings“ zeichnete sich allerdings auf seiten der Reformer in der CSSR eine deutliche Tendenz ab, die Bundesrepublik nachhaltig ins Spiel zu bringen – politisch, vor allem aber auch wirtschaftlich. Nachdem am 13. März 1968 der oberste Polizeichef des Novotný-Regimes, Miroslav Mamula, verhaftet worden war und nachdem am 22. März Staatspräsident Novotný seinen Rücktritt erklärt hatte, wurden am 4. April in geheimer Wahl die Mitglieder des neuen Präsidiums des ZK bestimmt, desgleichen der neue Regierungschef Oldřich Černík. Zur gleichen Zeit forderte das Aktionsprogramm der tschechoslowakischen Kommunisten die Demokratisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens. In den außenpolitischen Passagen enthielt dieses Programm den Wunsch nach vorbehaltloser Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten.

Schon wenige Tage später traf Botschafter Smejkal, Leiter der Rechtsabteilung im Prager Außenministerium, am Rande der in Wien tagenden Vertragskonferenz der UN mit Ministerialdirektor Rudolf Thierfelder vom Auswärtigen Amt zusammen. Smejkal führte aus, wenn die neue Regierung keine Fortschritte auf wirtschaftlichem Bereich erziele, werde sie in große Schwierigkeiten geraten, und deutete an, in dieser Lage werde viel vom Verhalten des Westens abhängen. Als Thierfelder daraufhin feststellte, der Westen müsse außerordentlich vorsichtig vorgehen, „um die neue Regierung nicht zu kompromittieren“, stimmte Smejkal zu, unterstrich aber, wirtschaftliche Hilfe sei nötig. Binnen kurzem werde man an die Bundesregierung herantreten, „dann gelte es, schnell, wirksam und undoktrinär zu handeln“²⁵.

Dies war nur eines von zahlreichen Signalen. Selbst wenn sich Bonn den teils verführerischen, teils auch ratlosen und manchmal wenig überlegten Vorstößen aus dem ohnehin recht heterogenen Kreis der Reformkräfte gegenüber hätte taubstellen wollen, wäre dies ohne Verzicht auf jede Selbstachtung nicht möglich gewesen. Doch angesichts des überwältigenden Echos, das der „Prager Frühling“ in der deutschen Öffentlichkeit fand, und da bei kluger Reaktion ein Durchbruch der Entspannungspolitik möglich erschien, sprach manches dafür, die Reformbewegung wenigstens vorsichtig zu unterstützen, zumindest aber Verbindung zu ihr zu halten. Dabei sah Bonn jedoch eine seiner Hauptaufgaben darin, die Tschechen von überstürzten Initiativen abzuhalten.

In den zuständigen Bonner Ministerien wurde überlegt, auf welche Punkte sich wirtschaftliche Hilfe beziehen könne und in welcher Form sie erfolgen sollte. Die Meinungen dazu waren durchaus geteilt, und ein ganz klares Bild läßt sich beim heutigen Kenntnisstand noch nicht gewinnen. Während in der Öffentlichkeit vielfach eine multilaterale Hilfe empfohlen wurde, sprach sich beispielsweise Ministerialdirektor Ruete, Leiter der Politischen Abteilung II, in einem auch Bundesaußenminister Brandt vorgelegten Memorandum für eine mit anderen westeuropäischen Industriestaaten abgestimmte „bilaterale Hilfe“ der Bundesrepublik aus. Würde man sich näm-

²⁵ Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.

lich auf ein multilaterales Hilfsprogramm einlassen, so müßte die Bundesrepublik dennoch die finanzielle Hauptlast tragen, würde dabei aber gleichzeitig „auf die mit einem derartigen Finanzkredit verbundene politische Werbewirksamkeit und Einflußmöglichkeit verzichten“. Außerdem könnte ein multilaterales Programm in Moskau an den seinerzeitigen Marshall-Plan erinnern, an dem Prag sich zuerst beteiligen wollte, dann aber dem sowjetischem Druck nachgeben mußte²⁶.

In den Gesprächen, die Bundesbankpräsident Blessing auf Einladung des Präsidenten der tschechoslowakischen Staatsbank, Pohl, vom 11. bis 13. Juli in Prag führte, riet er seinen Gesprächspartnern, nicht um eine öffentliche Anleihe der Bundesrepublik nachzusuchen. Prag solle vielmehr die direkte Kreditaufnahme bei einem Bankenkonsortium vorziehen, dabei aber nicht ein rein deutsches Konsortium anstreben, sondern auch andere europäische Banken beteiligen²⁷. Von den reaktionären Parteiführungen des Ostblocks ist die Reise Blessings kritisch aufgenommen worden. Signalisierte dies nicht einen Griff der westdeutschen Kapitalisten, die in Frankfurt ihr Zentrum hatten, über den Eisernen Vorhang hinweg auf ein kleines Land, das vor noch nicht allzu langer Zeit von Deutschland unterworfen worden war, inzwischen die Segnungen des Sozialismus erfahren hatte und nun, inmitten selbstverschuldeter Schwierigkeiten, erneut dem Kapitalismus zum Opfer zu fallen drohte?

Solcher Argwohn war grundlos. Selbst bei dieser auf einen Prager Wunsch zurückgehenden Fühlungnahme setzte sich deutscherseits schließlich die Auffassung durch, keinen Alleingang zu riskieren. Von den maßgeblichen tschechischen Reformern wurde diese Zurückhaltung durchaus richtig verstanden und als vernünftig gewertet. Der Wirtschaftsminister und Stellvertretende Ministerpräsident Ota Šik ließ am 24. Juli den Leiter der deutschen Handelsmission in Prag wissen, für Finanzkredite werde er im Herbst eine Regelung gutheißen, „der auf Notenbankebene Absprachen zwischen mehreren europäischen Partnern zugrundelägen, ohne daß die Bundesrepublik nach außen hin als Initiator in Erscheinung trete. Keinesfalls werde man sehenden Auges auf eine strukturelle Verschuldung durch eine unausgewogene Platzierung der Kredite zusteuern.“²⁸ Bei diesem Gespräch wies Šik allerdings gleichzeitig auf die kritische Wirtschaftslage der ČSSR hin und meinte, „eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik sei nach seiner Auffassung entscheidend für eine technologisch aktuelle Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie. Allerdings müsse diese künftige Zusammenarbeit mit Rücksicht auf die starken Angriffe aus dem sowjetischen Machtbereich möglichst geräuschlos vor sich gehen.“²⁹ Es waren also in erster Linie tschechoslowakische Wünsche, die zu jenen Gesprächen über wirtschaftliche Hilfe führten, auf die später Moskau, doch auch Paris sehr kritisch zu sprechen kamen.

²⁶ Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 768 f.

²⁷ Siehe Schreiben Blessings vom 16. 7. 1968 an Bundesminister Schiller, in: AAPD 1968, Dok. 233, S. 918, Anm. 2.

²⁸ Heipertz an das Auswärtige Amt, 24. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 233, S. 918 f.

²⁹ Ebenda.

Nimmt man die stets kaum zu bremsende Reisefreudigkeit deutscher Minister und Parlamentarier in den Blick, so stellt man fest, daß sich diese gegenüber der ČSSR in erstaunlich engem Rahmen hielt. Auch in dieser Hinsicht war es wiederum die Prager Seite, von der ursprünglich der Wunsch nach offiziellen parlamentarischen Beziehungen ausging. Am 20. bis 24. Mai besuchten die CDU-Abgeordneten Werner Marx und Ernst Müller-Hermann Prag und führten, unterstützt von der Handelsvertretung, politische Gespräche mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Jiří Pelikán, einem führenden Reformler, aber auch im Außenministerium. Sie kamen mit der Nachricht zurück, Pelikán habe angeregt, der auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages solle drei tschechoslowakische Abgeordnete zu vorbereitenden Gesprächen einladen³⁰.

Bald erkannte aber auch die tschechoslowakische Seite, daß ein hohes Maß an Vorsicht geboten war. Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den Parlamenten wurde vorerst in beiderseitigem Einvernehmen auf die Zeit nach dem Parteitag am 9. September 1968 verschoben³¹. Beim Blick auf die Aktivitäten der tschechoslowakischen Parlamentarier ist nicht zu vergessen, daß in Prag seit April 1968 so etwas wie eine Wiederentdeckung des Parlamentarismus stattfand. Von den Schein-Parlamenten des Ostblocks konnten die tschechoslowakischen Abgeordneten keine Ermutigung erwarten. Blieben also in erster Linie das House of Commons und der Deutsche Bundestag!

Kiesinger und allem Anschein nach auch Brandt waren sich ungeachtet grundsätzlicher Sympathie anscheinend darin einig, die Kontakte auf Parlamentarier-Ebene erst einmal auf Sparflamme zu halten. Nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten versicherte Kiesinger dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge, er persönlich habe veranlaßt, Besuche von Politikern in die ČSSR zu verhindern, und den SPD-Vorsitzenden Brandt um analoges Tätigwerden gebeten³².

So reisten Mitte Juli 1968 nur der FDP-Vorsitzende Walter Scheel und sein Stellvertreter Hans-Dietrich Genscher, beide damals in der Opposition, zu fünftägigen Gesprächen nach Prag. Neben dem Parlamentspräsidenten Josef Smrkovský trafen sie auch mit dem Außenminister Jiří Hájek zusammen. Doch dieser war vorsichtig genug, mit ihnen nicht in seinen Amtsräumen, sondern in einem kleinen, separaten Raum einer Gaststätte der Altstadt zu sprechen. Genscher schrieb lange danach: „Als wir ihn verließen, waren wir eher beunruhigt als erleichtert.“³³

Tatsächlich tauchten seit Anfang Mai immer wieder Meldungen über ein militärisches Eingreifen des Warschauer Pakts auf. Am 8. Mai hat angeblich Walter Ulbricht bei einer Geheim-Konferenz in Moskau erstmals eine Militäraktion gefordert. Mitte Mai hielt sich dann der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin angeblich

³⁰ Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 766.

³¹ Siehe Ebenda.

³² Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1031.

³³ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 102.

zu einem Kuraufenthalt in Karlsbad auf, in Wirklichkeit führte er Gespräche mit der neuen Führung der ČSSR, die dann in Prag fortgesetzt wurden. Ota Šik berichtet, wie Kossygin dort im Politbüro in Erinnerung an die deutschen Touristenschwärme bemerkt habe, die Deutschen seien ja bereits zuhauf im Lande. Er habe in Karlsbad auf der Promenade nur Deutsch sprechen gehört, „Westdeutsche, die sich bei uns aufführten, als wären sie schon zu Hause“³⁴.

Während des ganzen Monats Mai und danach registrierten die westlichen Nachrichtendienste den Truppenaufmarsch rings um die Tschechoslowakei; Ende Mai begann auch eine „Stabsübung“ des Warschauer Pakts in der ansonsten von sowjetischen Truppen freien ČSSR. Von seiten der NATO kamen allerdings beruhigende Informationen. Die Truppenbewegungen wurden als Teil eines Nervenkriegs interpretiert³⁵.

In Bonn fand am 10. Mai auf amerikanische Anregung hin und im Beisein eines amerikanischen Vertreters die erste Ressortbesprechung über Sicherungsmaßnahmen an der deutsch-tschechischen Grenze für den Fall größerer Fluchtbewegungen und von Kampfhandlungen in Grenznähe statt. Dabei wurde darüber informiert, daß für uniformierte Soldaten der Bundeswehr ein Verbot bestehe, sich mehr als fünf km der Grenze zu nähern. Flüchtlingen aus der ČSSR sollte erforderlichenfalls Notaufnahme gewährt werden. Als Flüchtlinge übertretende Militärpersonen seien vom Bundesgrenzschutz zu entwaffnen. Werde gegen Flüchtlinge auf deutschem Gebiet geschossen, so sei erst in die Luft, dann gezielt zu schießen, bis das Feuer eingestellt werde. Sollten technische „Widerstandsnester“ auf tschechischem Boden in Grenznähe sowjetische Truppen angreifen, dürfe nur humanitäre Hilfe geleistet werden.

Bei dieser Besprechung wurde freilich auch Wert auf die Feststellung gelegt, dies seien nur „planerische Vorbereitungen“, noch keine konkreten Maßnahmen. Zudem stellte man fest, daß sich die deutschen Vorstellungen über das Management einer voll aufgeflamnten Krise mit denen der amerikanischen Seite deckten. Dabei wurde der amerikanische Vertreter auch auf die – bekanntlich negativen – Erfahrungen hingewiesen, die während der Ungarn-Krise mit amerikanischen Rundfunksendungen gemacht worden waren. Dieser versicherte daraufhin, „daß die Sendungen unter strenger Kontrolle stünden“³⁶.

Am 23. Juli ersuchte Bundeskanzler Kiesinger Bundesminister Schröder, das seit einem Jahr geplante Manöver „Schwarzer Löwe“, das nahe der tschechoslowakischen Grenze in Bayern stattfinden sollte, in den Südwesten der Bundesrepublik zu verlegen. Ein Bericht des Leiters der deutschen Handelsdelegation in der ČSSR bestätigte, dies sei in Prag mit großer Erleichterung aufgenommen worden, da die Durchführung des Manövers den Sowjets das „geschenkte Argument“ für eine Besetzung der Westgrenze der ČSSR geliefert hätte³⁷.

³⁴ Ota Šik, *Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen*, Herford 1988, S. 248 f.

³⁵ Siehe Grewe an das Auswärtige Amt, 14. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 159, S. 597 f.

³⁶ Aufzeichnung Sahn, 10. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 154, S. 578–580.

³⁷ Heipertz an Duckwitz, 23. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 231, S. 913 f.

Eine vollständige Dokumentation der bundesdeutschen Rolle in den Monaten vor der Intervention dürfte noch manche Einzelheit zu Tage fördern. Gegenwärtig spricht alles dafür, daß sich die Bundesregierung umsichtig verhalten hat. Rückblickend betrachtet, waren es nicht zielgerichtete diplomatische Initiativen, von denen die Vorgänge in der ČSSR mit beeinflußt wurden, sondern eher die indirekten Auswirkungen der Entspannungspolitik. Als der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ruete, im Mai 1967 in einem Memorandum registriert hatte, „unsere Bemühungen, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzunehmen und dadurch unser Verhältnis zu ihnen zu verbessern, sind ins Stocken geraten“, hatte er unter anderem empfohlen, in nächster Zeit Reisen osteuropäischer Journalisten in die Bundesrepublik zu fördern, wohlvorbereitete Parlamentarierreisen durchzuführen und im übrigen zu erkennen, daß sich die osteuropäischen Staaten von der Bundesrepublik vorwiegend wirtschaftliche Vorteile versprechen würden³⁸.

Wie sich am Beispiel der ČSSR zeigte, waren es vor allem die journalistischen Kontakte in den Jahren 1967 und 1968, die im Prager Establishment die Angst vor der Bundesrepublik Deutschland abzubauen halfen. Hinzu kamen die Auswirkungen akademischer Austauschprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Den politischen Kontakten der Reformer des „Prager Frühlings“ zur Bundesrepublik ging vielfach das persönliche Kennenlernen des Lebensstils und der pluralistischen Strömungen im Westen voraus. Dabei ist die Auswirkung der anti-autoritären Bewegung in der deutschen Studentenschaft nicht zu unterschätzen. Wirtschaftliche Interessiertheit kam gleichfalls ins Spiel. Doch wurde die Entwicklung durch die Intervention kuptiert, bevor dieser Faktor seine volle Wirkung entfalten konnte.

4. Westliches Krisenmanagement im Zeichen von Nachgiebigkeit und Vorsicht

Aus größerem zeitlichen Abstand ist die historische Bedeutung der Vorgänge des Jahres 1968 in der ČSSR deutlich erkennbar. Drei Punkte sind wohl am wichtigsten.

Der „Prager Frühling“ hatte – erstens – bewiesen, daß Reformkommunismus möglich ist. Im Fall der ČSSR war dies deshalb besonders bemerkenswert, weil die Reformbewegung einerseits in einem extrem totalitären Regime aufbrach, andererseits nicht außerhalb der kommunistischen Partei entstand, sondern ihren Ursprung ausschließlich innerhalb der kommunistischen Nomenklatura hatte. Parallelen zum „Polnischen Oktober“ des Jahres 1956 waren somit ebenso gegeben wie zu der Ungarischen Revolution desselben Jahres. In vielem ist auch der spätere Umbruch in der Sowjetunion unter Gorbatschow anfangs nach demselben Modell verlaufen. Demgegenüber kann die Krise des polnischen Kommunismus in den Jahren 1980/81 als ein Vorgang verstanden werden, der primär außerhalb der kommunistischen Par-

³⁸ Aufzeichnung Ruete, 26. 5. 1967, in: AAPD 1967, Dok. 185, S. 789 und S. 791 f.

tei, in der Gesellschaft, seinen Ausgang nahm und erst danach zu Differenzierungen innerhalb der kommunistischen Nomenklatura führte. Da vielen Grundannahmen westlicher Entspannungspolitik die Hoffnung auf innere Evolution der kommunistischen Regime zugrunde gelegen hatte („Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ lautete das Schlagwort des Prager Frühlings), bestätigte der Aufbruch der Prager Reformer die ursprünglichen Erwartungen der Entspannungspolitiker also durchaus.

Mit der erfolgreichen Intervention, die schließlich einen hart erzwungenen Machtwechsel in der ČSSR zur Folge hatte, war aber – zweitens – eine völlig neue Bewertung aller mittel- und langfristigen Aussichten der Entspannungspolitik geboten. Jetzt zeigte sich nämlich, daß der Spielraum für innere und äußere Veränderungen im Ostblock noch sehr viel geringer war, als man anfänglich angenommen hatte. Schon die Ungarische Revolution von 1956 hatte die Grenzen des Reformkommunismus gezeigt. Die vorsichtige Zurückhaltung der westlichen Kabinette im Frühjahr und Frühsommer 1968 war gewiß auch in starkem Maß durch die Erfahrungen mit Ungarn im Herbst 1956 beeinflusst. Nun aber mußte man konstatieren, daß selbst ein ziemlich großes Maß an Zurückhaltung die Sowjetunion nicht davon abhielt, zusammen mit dem reaktionären Teil der Parteiführungen des Warschauer Pakts zu intervenieren.

Im Westen wurden daraus recht unterschiedliche Schlußfolgerungen gezogen. Nach Auffassung der anti-autoritären Linken war der reaktionäre, bürokratische Kommunismus sowjetischer Observanz nunmehr definitiv erledigt. Die marxistisch-leninistische Ideologie erschien völlig unglaubwürdig. Auf diesem Teil des politischen Spektrums wandte man sich mit noch größerer Entschiedenheit revolutionären Konzepten zu: dem Maoismus, dem Trotzismus, dem Dritte-Welt-Kommunismus oder verblasenen Ideen eines utopischen Kommunismus. Da allerdings die revolutionär gestimmte Linke im Westen weit von den Hebeln der Macht entfernt war, hatte diese Einschätzung nur in Teilen der öffentlichen Meinung Bedeutung, bei den Regierungen spielte sie keine Rolle. Hier bedeutete die Intervention vor allem für de Gaulle und alle gaullistischen Strömungen eine schwere Enttäuschung. De Gaulle hatte, insbesondere bei den Staatsbesuchen in Polen und in Rumänien, ganz ostentativ die nationalen Strömungen zu ermutigen versucht, ohne dies freilich als anti-sowjetischen Vorstoß zu etikettieren. Der innere Widerspruch zwischen seinem Entspannungs-Nationalismus und dem gleichzeitigen Versuch, die Sowjetunion als legitimen Mitspieler im europäischen Konzert zu karessieren, wurde nun deutlich erkennbar. Verständlicherweise suchte de Gaulle nach einem Sündenbock, um vom Scheitern seines widersprüchlichen Konzepts abzulenken, und er fand diesen in der Bonner Regierung. Hätte diese, so sein noch zu referierendes Argument, auf die weitgehenden Forderungen der Sowjetunion bezüglich der europäischen Grenzen, bezüglich des Atomwaffen-Sperrvertrags und letztlich auch bezüglich der Akzeptanz eines zweiten deutschen Staates entgegenkommender reagiert, sich zudem gegenüber der ČSSR „bescheidener“ gezeigt, so hätte auch die Sowjetunion gegenüber dem „Prager Frühling“ größere Zurückhaltung an den Tag legen können. Tatsächlich habe die UdSSR mit der Intervention eher „defensiv“ reagiert.

Die nicht-gaullistischen Entspannungspolitiker sahen sich anderen Schwierigkeiten gegenüber. Sollten sie angesichts der Vergewaltigung eines kleinen Ostblock-Landes die gesamte Entspannung, welche schließlich viele Komponenten beinhaltete, für gescheitert erklären? Mußte nun nicht der Versuch unternommen werden, durch politische oder wirtschaftliche Sanktionen (wie später bei der Intervention in Afghanistan und bei der Unterdrückung von „Solidarnoscz“ teilweise praktiziert) die ja noch nicht gestürzten tschechoslowakischen Reformer durch harten Druck auf Moskau im Amt zu halten? Schließlich war die Reformbewegung mit der Intervention vom 20. August 1968 ja noch nicht zu Ende. Vielmehr ließ sich argumentieren, daß die ursprünglich vorwiegend von Intellektuellen getragene Reformpolitik nach dem Eingreifen fremder Aggressoren eine breite Massenbasis erhalten hatte, nicht zuletzt auch bei der Arbeiterschaft. Würde eine sanktionslose Hinnahme der Intervention nicht deutlich signalisieren, daß die Entspannung primär zynische Realpolitik war, ziemlich uninteressiert an den Erwartungen liberaler Intellektueller, aber ebenso der Massen im Ostblock?

Vergleicht man die westliche Reaktion mit früheren oder späteren Reaktionen auf sowjetische Gewaltmaßnahmen, so ist jedoch die Tatsache, daß es nach der Intervention fast zu keiner offiziellen Erörterung von nachhaltigen Gegenmaßnahmen und von Sanktionen kam, eines der aufschlußreichsten Phänomene dieser Krise, das der Erklärung bedarf.

Daraus ergab sich ein dritter, wesentlicher Aspekt. Die Sowjetunion durfte aus dem Ausbleiben von Drohungen im Vorfeld der Intervention sowie von Sanktionen, die unmittelbar nach der Intervention oder selbst mit Verzögerungseffekt hätten verhängt werden müssen, den Schluß ziehen, daß die westlichen Regierungen den Ostblock widerstandslos als „chasse gardée“ der Sowjetunion respektierten. Entspannungspolitik, so die Schlußfolgerung, würde somit von seiten des Westens immer nur mit dem Vorbehalt betrieben, daß die Hegemonie der UdSSR und eine sehr eng gefaßte Interpretation ideologischer Gefolgschaftstreue nicht in Frage zu stellen sei.

Es hatte somit innere Logik, daß die Sowjetunion innerhalb weniger Wochen jenes Konzept der Einflußsphären-Politik entwickelte, für das sich dann im Westen rasch die Bezeichnung Breschnew-Doktrin einbürgerte. Überspitzt man es also etwas, so war auf lange Jahre hinaus der historisch entscheidende Vorgang weniger der „Prager Frühling“ als solcher, sondern die unwiderstehliche Intervention sowie die demonstrative Untätigkeit des Westens. Damit wurden die Grundregeln für die Entspannungspolitik bis zum Jahr 1989 festgelegt und westlicherseits akzeptiert. Selbst noch die Unsicherheiten in der deutschen Sozialdemokratie und bei der linken Intelligenz der Bundesrepublik, die sich nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 manifestierten, können als Ausfluß einer Grundüberzeugung verstanden werden, daß die „chasse gardée“ der großen, militärisch überwältigend starken Sowjetunion keinesfalls angetastet werden dürfe. So gesehen, war die Intervention der Sowjetunion und ihrer Hilfsvölker in Prag zwar moralisch fragwürdig und eine definitive Diskreditierung der angeblich demokratischen und humanitären Elemente marxistisch-leninisti-

scher Ideologie. Doch machtpolitisch erwies sich die Intervention als ein durchschlagender und weitreichender Erfolg.

Zu fragen bleibt somit generell, wie die insgesamt recht geschäftsmäßige, von Zynismus nicht freie Hinnahme dieser flagranten Verletzung des Völkerrechts erklärbar ist. Die Frage kann im folgenden nur in bezug auf die Bundesrepublik erörtert werden, und auch dies nur selektiv. Klar ist aber, daß die insgesamt recht ängstliche, durchweg defensive Reaktion der Bundesregierung auf dem Hintergrund größter Zurückhaltung des gesamten Westens gesehen und bewertet werden muß.

Am Vormittag des 21. August reagierte die Bundesregierung noch mit einer halbwegs deutlichen Erklärung, in der „Bedauern“ über die „Bedrückung eines Nachbarvolkes“ geäußert wurde. Die Intervention sei völkerrechtswidrig und eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei³⁹. Die ohnehin recht gedämpfte Neigung zu Protesten ließ weiter nach, als der amerikanische Botschafter Cabot Lodge auf Bitten des Bundeskanzlers die amerikanische Lagebeurteilung skizzierte. Jetzt wurde vollends deutlich, daß die USA demonstrative Zurückhaltung übten. Alles, was Kiesinger erfuhr, bestand darin, daß Außenminister Dean Rusk Botschafter Anatolij Dobrynin gegenüber „tiefe Besorgnis“ zum Ausdruck gebracht und auf die „Unklarheit“ bezüglich der angeblichen Bitte der tschechoslowakischen Regierung hingewiesen habe. Dem ohnehin nicht besonders rauflustigen Kiesinger erschien diese Reaktion der Supermacht so wachsw weich, daß er Cabot Lodge gegenüber doch feststellte, die Bundesregierung habe am Vormittag eine etwas schärfere Erklärung abgegeben⁴⁰. Er beeilte sich aber mit der Versicherung, man werde sich keiner schärferen Sprache bedienen. Daß die Botschaft Moskaus, in der Washington über die Intervention informiert wurde, Präsident Johnson in Gegenwart des Sicherheitsberaters Walt Rostow von Dobrynin auf dessen Wunsch hin direkt übermittelt worden war, kam nicht zur Sprache. Erst recht erfuhr Kiesinger nichts von der Vorgeschichte und von den befremdlichen Umständen dieser Unterredung.

Tatsächlich hatte Johnson kurz zuvor eine Einladung zu Gesprächen mit Leonid J. Breschnew in Moskau erhalten, auf deren Zustandekommen er offenbar mit der Absicht gedrängt hatte, damit eine mögliche Einladung Nixons nach Moskau zu konterkarieren und zugleich auf der kurz bevorstehenden Convention der Demokraten Eindruck zu machen. In seinen 1995 erschienenen Memoiren hat Dobrynin sehr detailliert geschildert, wie er Außenminister Rusk am 17. August die Einladung übermitteln konnte, wie er dann am Sonntag morgen des 20. August (amerikanischer Zeit) selbst überrascht von der Intervention unterrichtet wurde und zugleich den Auftrag erhielt, den Präsidenten zu informieren, wozu es am Abend desselben Tages auch kam. Dobrynin zufolge hat Johnson auf die Nachricht von der Intervention

³⁹ Erklärung des Sprechers der Bundesregierung, Ahlers, auf einer Pressekonferenz, 21. 8. 1969, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, V. Reihe, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1987, S. 1103.

⁴⁰ Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1029f.

überhaupt nicht reagiert und bloß eine interne Erörterung der Botschaft am kommenden Morgen in Aussicht gestellt; möglicherweise werde dann eine Antwort erfolgen. Dann habe Johnson wieder die Sprache auf die Ankündigung des Besuchs in Moskau gebracht, die am folgenden Tag um 10 Uhr erfolgen solle, und gebeten, Moskau möge sich dazu noch positiv äußern. Die Unterredung habe mit weiteren freundlichen Äußerungen über die Gesprächsthemen des Moskau-Besuchs, mit einigen Anekdoten über Texas und mit Erinnerungen Johnsons an das Treffen mit Kossygin in Glassboro im vergangenen Jahr geendet. Nach Johnsons unerwartet milder Reaktion habe er, Dobrynin, nach der Rückkehr in die Botschaft Moskau unverzüglich gebeten, die Besuchsankündigung Johnsons positiv zu bestätigen. Selbst als Rusk ihn mitten in der Nacht zu einer weiteren Unterredung ins State Department gebeten und dabei jede Beteiligung nicht-kommunistischer Länder am Reformprozeß in der Tschechoslowakei bestritten habe, habe der amerikanische Außenminister immer noch die Ankündigung eines Treffens als wünschenswert bezeichnet⁴¹.

Jedenfalls spürte Kiesinger auch aus dem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter heraus, daß die Führungsmacht der NATO entschlossen war, die Vorgänge in der ČSSR vorerst so weit wie nur irgend möglich herunterzuspielen. Dies mag wenigstens teilweise seine überdeutliche Zurückhaltung erklären⁴². Befremden erweckte auch der Umstand, daß die Bundesregierung nicht von NATO-Stellen, sondern durch die Nachrichtenagenturen über die Intervention des Ostblocks unterrichtet wurde. Doch die Deutschen waren nicht die einzigen, die diese Erfahrung machten. So stellte beispielsweise der norwegische Ministerpräsident Borten in einem Gespräch mit Kiesinger einige Wochen nach den Vorgängen fest, die Amerikaner hätten am 20. August schon um 23 Uhr Bescheid gewußt, der NATO jedoch nichts gesagt⁴³.

Daß die Sowjetunion ihr Vorgehen gegen die ČSSR mit propagandistischen Angriffen gegen die Bundesrepublik bemänteln würde, war von der Bundesregierung – also auch vom Kanzler – erwartet worden; im Vorfeld deutete auch schon manches darauf hin. Bereits am 31. Juli hatte Staatssekretär Ferdinand Duckwitz den sowjetischen Botschafter einbestellt und in aller Form gegen entsprechende Angriffe der sowjetischen Presse protestiert⁴⁴. Bei dieser Gelegenheit rügte Semjon Konstantinowitsch Zarapkin seinerseits verstärkte Reisen deutscher Politiker in die ČSSR. Kie-

⁴¹ Siehe Anatolij Dobrynin, *In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986)*, New York 1995, S. 182–188. Genauso wie der Bericht, den Johnson in seinen Memoiren von dem Vorgang gegeben hat, läßt auch Dobrynins Bericht manche Fragen offen. Siehe Lyndon Baines Johnson, *The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963–1969*, New York 1971, S. 486–489.

⁴² Soweit erkennbar hat die deutsche Botschaft Washington erst am 5. 9. 1968 von Anzeichen berichtet, denenzufolge in der Johnson-Administration immer noch über ein Gipfeltreffen mit Kossygin nachgedacht werde. Siehe Drahtbericht Nr. 1782 von Stackelberg, 5. 9. 1968, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, VS-Bd. 4328 (II A 5).

⁴³ Siehe Gespräche zwischen Kiesinger und Borten, 21./22. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 349, S. 1361.

⁴⁴ Siehe Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, 31. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 239, S. 930f.

singer selbst bemerkte unmittelbar nach der Intervention und noch bevor die Sowjetunion ihre Propagandakampagne voll begonnen hatte, man müsse damit rechnen, daß die Bundesrepublik nun wieder „wie so oft als Prügelknabe herhalten müsse“; sicher werde erneut behauptet, „wir hätten versucht, ein Komplott anzuzetteln“⁴⁵.

Zweifellos haben auch, wie zumeist bei derartigen Ost-West-Krisen, Sorgen vor erneutem Druck gegen Berlin eine Rolle gespielt, desgleichen recht vage, damals im deutschen Regierungsapparat und in der Öffentlichkeit grassierende Befürchtungen vor direktem sowjetischem Vorgehen gegen die Bundesrepublik unter Bezugnahme auf die Artikel 53 und 107 der UN-Charta.

Dies alles erklärt, weshalb sich Bundeskanzler Kiesinger in den Tagen nach der Intervention als noch furchtsamer erwiesen hat als Adenauer unmittelbar nach dem Mauerbau. Die Protokolle einer zwanzigminütigen Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, die auf dessen Ersuchen am 21. August, um 14 Uhr, stattfand, und einer längeren, 100 Minuten dauernden Besprechung am 2. September zeigen einen unsicheren, sich unablässig entschuldigenden Kanzler. Bei der ersten Unterredung, in der Zarapkin eine Erklärung übergab, in der die Intervention noch mit einer Bitte der tschechoslowakischen Regierung legitimiert wurde, „ihr direkte Hilfe einschließlich der Hilfe mit Streitkräften zu leisten“, wies Kiesinger zwar auf die Widersprüche zwischen der Erklärung und Nachrichten aus Prag hin, führte aber dann entschuldigend aus, „daß sich die Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten streng an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gehalten habe“. Und als wolle er noch deutlicher signalisieren, wie druckempfindlich die Bundesregierung war, fügte er hinzu, der in der Erklärung enthaltene Hinweis auf „äußere und innere Reaktion“ mache ihn besorgt, daß mit den von außen wirkenden reaktionären Kräften die Bundesrepublik gemeint sein könnte. Ebenso überflüssigerweise fügte er noch hinzu, „die Bundesregierung beabsichtige indes nicht, ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verschlechtern“, und mißbilligte in diesem Zusammenhang eine Demonstration von etwa 300 Studenten, die sich vor der sowjetischen Botschaft versammelt und mit Tomaten geworfen hatten⁴⁶.

Genauso vielsagend wie dieses kurze Gespräch war die folgende Unterredung am 2. September. Sie wurde von Kiesinger völlig defensiv geführt, indem er Beweis um Beweis aneinander reihte, um zu zeigen, daß die Bundesregierung kein einziges kommunistisches Land, auch nicht Rumänien und Jugoslawien, „irgendwie militärisch oder politisch gegen die Sowjetunion zu beeinflussen versucht“ habe. Er ging sogar soweit, dem Botschafter gegenüber, dessen Regierung eben ein kleines Land besetzt hatte, zu betonen, daß er die NATO angesichts der Lage in der Welt „als eine leidige Notwendigkeit“ betrachte. Zarapkin verhöhnte ihn darauf mit der Bemerkung, die Bundesregierung habe in der ČSSR „wohl auf die konterrevolutionären Kräfte gesetzt und geglaubt, die Gegensätze zwischen den sozialistischen Ländern ausnutzen zu können“. Bonn solle es endlich aufgeben, die in Europa bestehenden Grenzen zu

⁴⁵ Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1030.

⁴⁶ Gespräch zwischen Kiesinger und Zarapkin, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 263, S. 1032–1034.

ändern, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen und die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander zu stören⁴⁷.

Kiesinger wies dies Punkt für Punkt zurück, wobei er argumentierte, „es würde eine beträchtliche Unterschätzung der Intelligenz der Bundesregierung bedeuten, wenn man ihr unterstellte, sie habe mit einem Sieg der konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei gerechnet“. Er hätte, so fuhr er fort, eine friedliche Lösung nur so sehen können, „daß die Tschechoslowakei im Verband der sozialistischen Länder verbleibe“.

Bereits am Tag nach der Intervention machte Kiesinger auch öffentlich deutlich, daß die Große Koalition ihre Politik der Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten „konsequent“ und mit langem Atem fortsetzen werde. Das erfordere jedoch, daß die gesamte westliche Welt, insbesondere die NATO-Staaten, bereit seien, eine solche Politik gemeinsam zu betreiben – „zielbewußter und energischer“ als bisher. Entspannung sei schließlich keine Politik „schwächlichen oder devoten Nachgebens“⁴⁸.

Bundesaußenminister Brandt äußerte sich genauso. „Die Bemühungen vieler europäischer Regierungen um Entspannung zwischen Ost und West und um eine europäische Friedensordnung“, erklärte er am 22. August im Anschluß an eine Präsidiumssitzung der SPD, „haben einen Rückschlag erlitten, der lange nachwirken kann. Aber aus guten Gründen bleiben wir dabei: Das Ringen um einen Abbau der Spannungen muß fortgesetzt werden“. Schließlich gelte es, den Frieden sicherer zu machen, somit auch die Sicherheit der Bundesrepublik zu festigen⁴⁹. Daß dies zugleich mit Kritik an der Intervention verbunden war, versteht sich.

Dreierlei ist beim Blick auf diese Stellungnahmen unmittelbar nach der Intervention zu unterstreichen. Zum ersten waren die öffentlichen Äußerungen der deutschen Spitzenpolitiker mit dem, was sie in vertraulichem diplomatischem Austausch formulierten, durchaus deckungsgleich. Diese Stellungnahmen konnten, zweitens, nur als Signal verstanden werden, daß die Sowjetunion im eigenen Block nach Belieben verfahren konnte. Somit wurden in den entscheidenden Tagen und Wochen nach der Intervention die tschechoslowakischen Reformer, die ja durchaus noch formal im Amt waren, den Wölfen überantwortet. In diesem Punkt befand sich – so die dritte bemerkenswerte Tatsache – die mit Bedauern formulierte, sehr zurückhaltende Position der deutschen Regierung in völliger Übereinstimmung mit der Politik der Johnson-Administration und der französischen Regierung.

Letztere hat bekanntlich die aufgewühlte, moralisch empörte Öffentlichkeit mit der Formulierung befremdet, es habe sich ein „Verkehrsunfall auf der Straße der Entspannung“ ereignet. Als der französische Botschafter François Seydoux in einem Ge-

⁴⁷ Gespräch zwischen Kiesinger und Zorapkin, 2. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 277, S. 1071–1073.

⁴⁸ Interview des Bundeskanzlers Kiesinger für das Deutsche Fernsehen, 21. 8. 1968, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V/2, S. 1105.

⁴⁹ Erklärung des Bundesministers Brandt zur militärischen Besetzung der ČSSR, 22. 8. 1968, in: Ebenda, S. 1112f.

sprach mit Bundeskanzler Kiesinger vom 30. August diese offizielle Erklärung des französischen Außenministers Michel Debré vom Vortag erwähnte, nahm Kiesinger dies kommentarlos zur Kenntnis und fügte hinzu, die Tschechen seien zu schnell zu weit gegangen. Seydoux bekam nun zu hören, er, Kiesinger, habe dem Bundesbankpräsidenten Blessing abgeraten, in die Tschechoslowakei zu reisen⁵⁰. Da es aus französischer Sicht völlig undenkbar erschien, daß ein Bundesbankpräsident in heikelster internationaler Situation einen Wunsch des Bundeskanzlers zu mißachten in der Lage war, kann nicht ausgeschlossen werden, daß solche Beteuerungen in Paris als deutsche Doppelzüngigkeit ausgelegt wurden.

In einem Interview vom 25. August hatte Kiesinger übrigens ausgeführt, es wäre „jetzt an der Zeit, daß die Führenden der NATO-Länder zusammenkämen . . . vielleicht in einer Gipfelkonferenz“⁵¹. Der Gedanke wurde von ihm und von Bundesaußenminister Brandt in den Unterredungen mit westlichen Botschaftern verschiedentlich zur Sprache gebracht, doch nicht mit besonderem Nachdruck⁵². Kiesinger dachte in erster Linie an die Öffentlichkeitswirkung einer solchen Zusammenkunft, mußte allerdings einsehen, daß sich angesichts der allgemein verbreiteten Unlust im Bündnis, die Interventionsmächte unter Druck zu setzen, eine derart substanzlose Demonstration leicht kontraproduktiv auswirken könnte. Außerdem stellte sich auch dabei das besondere Problem Frankreich. Daß Staatspräsident de Gaulle nicht bereit sein würde, an einem demonstrativen Treffen im NATO-Rahmen teilzunehmen, verstand sich von selbst. Doch auch andere Regierungen waren sehr zurückhaltend.

Zudem mußte die Bundesrepublik rasch erkennen, daß die Bemühung um strategisch konkrete Schlußfolgerungen aus der Intervention eher früher als später die Forderung der USA nach verstärkten militärischen und finanziellen Leistungen der europäischen Alliierten zur Folge haben würde. In der Tat drängten die USA nach Abklingen der Krise und nicht eben zum Vergnügen der Bundesregierung mit Blick auf die kommende Ministerratssitzung der NATO auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben⁵³.

Im ohnehin nicht besonders guten deutsch-amerikanischen Verhältnis brachte jedenfalls die Krise um die ČSSR im Jahr 1968 eine weitere Belastung. Wenn es in diesem Punkt zu keiner dramatischen Entwicklung kam, so auch deshalb, weil die Unsicherheit darüber, ob der Demokrat Hubert Humphrey oder der Republikaner Richard Nixon der nächste Präsident sein würde, alles überschattete. Selbst wenn die Administration Johnson nach dem 20. August Führungswillen besessen hätte, wäre wenig auszurichten gewesen. Johnson war ein „Jame duck“-Präsident. Außerdem dominierte der Vietnam-Krieg die inneramerikanische Diskussion. Die verfügbaren deutschen Dokumente lassen deutlich erkennen, daß die Bonner Diplomatie in dieser

⁵⁰ Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275, S. 1064.

⁵¹ Interview des Bundeskanzlers Kiesinger für den Südwestfunk, 25. 8. 1968, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V/2, S. 1136. Wie intensiv Kiesinger von Anfang an brieflich oder in Telefonaten darauf drängte, ist noch ungeklärt.

⁵² Siehe beispielsweise Gespräch Kiesingers mit Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275; Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 4. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 280.

⁵³ Aufzeichnung von Duckwitz, 30. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 360, S. 1412f.

Lage ihr Bestes tat, erst einmal über die Runden zu kommen, bis der Wähler für Klarheit gesorgt hatte und die Politik der neuen Administration klarere Konturen annahm.

Eigenartigerweise kam es aber in direkter Folge der Ostblock-Intervention in Prag zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Bundesregierung und de Gaulle, den die Beteiligten allerdings unter der Decke zu halten verstanden. In zunehmendem Maß war nämlich seit Ende September zu erkennen, daß sich Ministerpräsident Couve de Murville, doch dann ebenso Staatspräsident de Gaulle, für die sowjetische Behauptung zu öffnen begannen, die Bundesregierung treffe eine Hauptschuld an dem „Verkehrsunfall“ in der ČSSR. Möglicherweise fühlte sich de Gaulle durch die defensive, sehr kleinlaute Art ermutigt, in der Kiesinger, doch auch Brandt, dem Botschafter Frankreichs in Bonn, Außenminister Debré und schließlich auch ihm selbst ihre Druckempfindlichkeit vor Augen rückten. In einer Unterredung am 7. September bat Bundesaußenminister Brandt seinen Kollegen Debré ausdrücklich, die französische Regierung möge doch deutlich zum Ausdruck bringen, daß es falsch sei, die deutsche Entspannungspolitik zu verdächtigen. Debré hatte bei dieser Gelegenheit verständnisvoll davon gesprochen, dies seien nun einmal „die schon klassischen Anschuldigungen“ gegen die Bundesrepublik, und man habe dem sowjetischen Botschafter gegenüber darauf auch schon klar geantwortet. Die Russen fürchteten eben, „daß jede Öffnung ihrer Satelliten nach Westen sofort die Präsenz der deutschen Wirtschaft und Technologie in diesen Ländern bedeuten könne“. Sobald die Sowjetunion zu erkennen glaube, daß irgendwo in einem der Satellitenstaaten deutscher Einfluß zu spüren sei, reagiere sie heftig. So müsse eben die Bundesrepublik wieder einmal als Sündenbock herhalten. Gelassenheit sei somit zu empfehlen⁵⁴.

Dies klang noch sehr verbindlich. Ende September indessen berichtete der Gesandte Peter Limbourg aus Paris, Ministerpräsident Couve de Murville habe bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung eines NATO-Botschafters in intemem Kreis festgestellt, Bonn habe nach Errichtung der Handelsmission die wirtschaftlichen Kontakte zur Tschechoslowakei „zu intensiv“ betrieben: „Verhandlungen mit tschechischen Stellen über Kreditgewährung, gegenseitige Besuche hoher Persönlichkeiten aus Finanz- und Wirtschaftskreisen hätten ganz zweifellos den Verdacht der Sowjetunion geweckt, und es sei nicht von der Hand zu weisen, daß sie nicht zuletzt aus diesen Gründen zur Gewalt gegriffen hätte.“ General de Gaulle schein ähnlichen Überlegungen nachzugehen, wie aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Robert S. Shriver deutlich zu erkennen sei⁵⁵.

Diese Information kam im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzler Kiesinger und Bundesaußenminister Brandt in Paris, den Kiesinger einige Wochen zuvor im Gespräch mit Botschafter Seydoux als „ganz besonders wichtig“ bezeichnet hatte⁵⁶. Tatsächlich konfrontierte de Gaulle Kiesinger bei den zweitägigen Gesprächen am 27. und 28. September mit kaum verhüllten Vorwürfen. Die parallele Unterredung

⁵⁴ Gespräch zwischen Brandt und Debré, 7. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 286, S. 1107.

⁵⁵ Limbourg an Duckwitz und Lahr, 25. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 310, S. 1196.

⁵⁶ Gespräch zwischen Kiesinger und Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275, S. 1062.

Brandts mit Debré war französischerseits auf einen ähnlich kritischen Ton gestimmt. In seinem unnachahmlichen Konversationsstil, in dem Freundlichkeit, Verständnis und Scharfzüngigkeit kunstvoll gemischt waren, suchte de Gaulle Kiesinger am ersten Tag offensichtlich Angst einzujagen: „Die Russen hätten also das tschechoslowakische Problem nicht nur seiner selbst willen, sondern auch wegen Deutschland lösen wollen. Sie verbergen diese Tatsache auch gar nicht. Der Herr Bundeskanzler habe berichtet, daß Zorapkin gesagt habe, nun reiche es. Heute sage Zorapkin das für die DDR, eines Tages würden die Russen es für Berlin sagen.“ Die sowjetische Drohung richte sich eben gegen Deutschland, und zwar gegen Deutschland allein.

Vielleicht, meinte de Gaulle weiter, wäre die Situation nicht genau dieselbe, wenn Deutschland eine andere Politik betrieben hätte, etwa nach folgenden Überlegungen: „Die Dinge sind nun einmal nicht zu ändern, wir müssen uns auf die lange Zeit mit einer Teilung abfinden, wir verzichten aufrichtig auf die Wiedererlangung der alten Grenzen, und wir sind entschlossen, keine Nuklearwaffen zu haben, um den Blitz nicht anzuziehen; es gibt keinen Anschluß mehr, es ist aus mit dem Drang nach Osten . . .“⁵⁷

Bei der Unterredung am zweiten Tag formulierte der Präsident seine Kritik noch spitzer. Für Deutschland wie für alle, inklusive Frankreich, wäre es das Beste, „gegenüber dem Osten sehr bescheiden zu sein, nicht unterwürfig oder schwach, sondern bescheiden; bescheiden, was die Grenzen anbelange, was die Beziehungen (auch wirtschaftlicher Art) anbelange, sogar bescheiden, was die Situation Ostdeutschlands angehe. Frankreich verstehe, daß Deutschland die Teilung nicht akzeptieren könne, und es billige diesen Standpunkt. Teilung akzeptieren aber sei eines, Revanche eine andere Sache . . . Je mehr Deutschland provozierend agiere, desto mehr störe dies Frankreich.“⁵⁸

Bei den Konsultationsbesprechungen in Gegenwart auch des Premierministers verschärfte de Gaulle seine Warnungen: „Es sei offensichtlich, daß die Dinge im Augenblick zwischen Rußland und der Bundesrepublik spielten. Es sei nicht sicher, daß die Russen etwa eine Invasion in der Bundesrepublik vorhätten, obgleich auch das nicht völlig auszuschließen sei.“⁵⁹

Auch gegenüber diesen Vorwürfen, die an Intensität alles übertrafen, was er zuvor von Zorapkin vernommen hatte, erachtete es Kiesinger für geboten, defensiv zu reagieren, Rechtfertigungen anzubieten und für die guten Absichten deutscher Entspannungspolitik zu werben. Nur gelegentlich gestattete er sich den spitzen Hinweis, de Gaulle selbst habe schließlich bei seinen Reden in Polen deutlich an den Stolz und die nationale Würde der Polen appelliert. Er, Kiesinger, sei nie soweit gegangen. Die Bundesrepublik sei noch vorsichtiger als Frankreich gewesen, und dies besonders in der tschechischen Krise⁶⁰.

⁵⁷ Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 27. 9. 1968, in AAPD 1968, Dok. 312, S. 1206.

⁵⁸ Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 28. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 318, S. 1251.

⁵⁹ Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen, 27. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 314, S. 1220.

⁶⁰ Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 28. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 318, S. 1248–1252.

Als Kiesinger aus Paris zurückkreiste, stand er jedenfalls unter dem Eindruck, daß die ČSSR-Krise von 1968 auf dem besten Wege sei, sich zu einer Krise des deutsch-französischen Verhältnisses auszuwachsen, dem er über die Jahre hinweg besonders pflegliche Beachtung geschenkt hatte. In einer Aufzeichnung Bahrs vom 1. Oktober ist vermerkt: „Ahlers berichtet, daß der Kanzler zusammengebrochen, geschockt und in einem fast bemitleidenswerten Zustand sei. Der Außenminister, viel gelassener, habe ihn gestern regelrecht wieder aufrichten müssen . . . Es sei ihm nun völlig klar, daß Frankreich es nicht ungern sieht, wenn die Bundesrepublik aus dem Osten angegriffen wird . . . Er stehe vor den Trümmern seiner Frankreichpolitik.“ Bahr fügte noch hinzu: Die Frage, was nun geschehen solle, finde keine Antwort. Zwei Dinge aber habe der Kanzler begriffen: „Die Friedenspolitik muß fortgesetzt werden. Wir wollen und können nur etwas bekommen von den Russen. Sein vorherrschendes Gefühl gegenüber den Russen sei Angst.“⁶¹

Auf die vielschichtigen Gründe der harten Gangart de Gaulles gegenüber Kiesinger kann hier nicht eingegangen werden. Mißstimmung wegen der deutschen Europa- und NATO-Politik, Groll wegen der Schwäche des Franc, Mißgunst darauf, daß die Bundesrepublik dank wirtschaftlicher Stärke für manche Ostblock-Staaten attraktiver war als Frankreich, Ärger über das Steckenbleiben seiner eigenen Entspannungspolitik, Einflüsterungen von sowjetischer Seite – alles kam wohl zusammen. Die Auffassung, daß es Kiesinger gelungen sei, das unter Erhard und Schröder zerrüttete deutsch-französische Verhältnis wieder einigermaßen ins Lot zu bringen, ist jedenfalls nur für einen eingeschränkten Zeitraum richtig. Wenn es dennoch nicht zu einer offenen Krise kam, so auch deshalb, weil die Ära de Gaulle am 28. April 1969 unerwarteterweise ein frühzeitiges Ende fand.

5. Die Krise in der ČSSR als Katalysator der deutschen Ostpolitik?

Internationale Krisen wirken häufig als Katalysator für Einstellungen und Tendenzen, die bereits längerfristig im Spiel waren. Erlauben die eben erörterten Beobachtungen die Feststellung, daß die ČSSR-Krise von 1968 für die künftige Evolution der Bonner Ostpolitik eine solche Rolle gespielt hat?

Zweifelloos haben alle Beteiligten in Bonn aus den Vorgängen die Lehre gezogen, künftig auch den leisesten Anschein zu vermeiden, differenzierte Entspannungspolitik an der Sowjetunion vorbei betreiben zu wollen. Bundesaußenminister Brandt hat dies in einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Debré vorsichtig anklingen lassen, entsprechende Unterstellungen allerdings zugleich zurückgewiesen: „Bei einer nachträglichen Analyse der letzten Ereignisse sei wohl auch der Eindruck entstanden, daß die Bundesrepublik Moskau in letzter Zeit zu stark vernachlässigt habe. Es werde auch der Vorwurf erhoben, die Bundesrepublik habe ihre Kontakte vorzüglich mit solchen Ländern im Osten verstärkt, die selbst Schwierigkeiten mit

⁶¹ Aufzeichnung Bahr, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 322, S. 1271.

der Sowjetunion hatten“ – gedacht war dabei an Rumänien, Jugoslawien und natürlich die ČSSR⁶². Brandt wies zwar darauf hin, jeder wesentliche Schritt sei im vorweg dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt worden. Das gelte für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien im Januar 1967, für die Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen mit der ČSSR im August 1967 und für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien im Januar 1968.

Vor allem Egon Bahr war es jetzt, der Brandt gegenüber nachdrücklich dafür plädierte, das Gespräch über die zentralen Streitfragen nun wieder in erster Linie mit der Sowjetunion zu führen. Die Ostpolitik Bonns, führte er Anfang Oktober 1968 in einer Aufzeichnung für die Spitze des Auswärtigen Amts aus, sei zuweilen als Parallelität der drei Ebenen Sowjetunion-Zwischen-Europa-DDR definiert worden. In der Öffentlichkeit sei der (objektiv falsche) Eindruck entstanden, als hätte sich die Politik der Bundesrepublik vornehmlich auf „Zwischen-Europa“, insbesondere die ČSSR konzentriert. Tatsächlich habe sich gezeigt, daß das Verhalten der Bundesrepublik auf die Länder „Zwischen-Europas“ einen stärkeren Einfluß ausübe als das Frankreichs. (Welche Länder außer der ČSSR nach Meinung Bahrs zu „Zwischen-Europa“ gehörten, wurde in dieser Aufzeichnung nicht spezifiziert.) Die Sowjetunion sehe dies jedenfalls so und suche deshalb ihr Vorfeld abzuschirmen.

Da sich ohnehin keine Staatengruppe für eine Veränderung des Status quo in Europa einsetze, so Bahr weiter, wäre es jedoch riskant, seitens Bonns den Ländern „Zwischen-Europas“ die Priorität zu geben. Ein Ansatz bei der DDR verbiete sich ohnehin. Aus dieser Analyse ergebe sich somit die Folgerung, bei Wiederaufnahme der Entspannungspolitik „der Sowjetunion die Priorität zuzuweisen“. Dabei werde es dann aber wohl notwendig sein, „einige Elemente des Status quo zu akzeptieren“⁶³.

Dies waren zwar vorerst nur die Auffassungen eines Planers, der zugleich einflussreich und einflussreich war. Sie verdeutlichen aber die Richtung, in die sich die Bonner Entspannungspolitik mittelfristig bewegen sollte, und beleuchten zugleich den Zusammenhang dieser Umorientierung mit der ČSSR-Krise von 1968. Die ganze Anlage der „neuen Ostpolitik“ der späteren Regierung Brandt läßt erkennen, daß jeder Versuch unterlassen wurde, Ostpolitik gewissermaßen um die Sowjetunion herum zu machen. Die in der Bonner Außenpolitik seit Jahren strittige Frage, ob eine differenzierte Ostpolitik betrieben werden sollte oder ob es in der Tat geboten war, die von Moskau beanspruchte außenpolitische Oberaufsicht in den Warschauer-Pakt-Staaten in vollem Umfang anzuerkennen, wurde faktisch zu Gunsten peinlich genauer Beachtung der Dominanz Moskaus entschieden.

Das galt nicht bloß für die SPD mit Willy Brandt an der Spitze, sondern ebenso für Kiesinger. Dieser zögerte nicht, knapp zwei Wochen nach der Intervention des Warschauer Pakts dem grimmig auftretenden sowjetischen Botschafter gegenüber eine entsprechende Zusage zu geben. „Er wolle“, bemerkte Kiesinger, „ganz deutlich folgendes feststellen: Er würde es als eine politische Torheit ersten Ranges ansehen,

⁶² Gespräch zwischen Brandt und Debré, 27. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 313, S. 1215.

⁶³ Aufzeichnung Bahrs, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 324, S. 1279 f.

wenn irgendein westliches Land oder der Westen insgesamt versuchen wollten, das sozialistische Lager auseinanderzubrechen. Ein derartiger Versuch könne nur unheilvoll enden.“⁶⁴

Da sich im Herbst 1968 die Breschnew-Doktrin immer deutlicher herauschälte, bedeutete dies faktisch, die sowjetische These von der beschränkten Souveränität der Ostblock-Mitglieder zu respektieren. In diesem Punkt hat die Prager Krise in der Tat als Katalysator künftiger bundesdeutscher Ostpolitik gewirkt, und nicht nur der deutschen.

Ein weiteres Ergebnis, bei dem die Prager Krise in diesem Sinne wirkte, war die Erkenntnis, daß sich Bonn in einer sehr exponierten, extrem druckempfindlichen Position befand. Im Hochgefühl unkonventionellerer neuer Ostpolitik, mit dem die Regierung Kiesinger anfänglich im westlichen Entspannungsgeleitzug mitschwamm, ist die aus vielen Gründen gegebene Schwäche der Bundesrepublik zeitweilig verdrängt worden. Die Prager Krise, auch deren Nachspiel innerhalb der Allianz, vermittelte den maßgeblichen Politikern und Diplomaten erneut und nunmehr auf Dauer das Empfinden weitgehender Abhängigkeit. Johnsons zynische Hinnahme der Intervention bewies, daß die amerikanische Schutzmacht primär auf den Vietnamkrieg fixiert war, im übrigen aber Europapolitik vorwiegend unter dem Gesichtspunkt innenpolitischer Opportunität betrieb.

Es war auch erkennbar, daß die Regierung Johnson überhaupt nicht daran dachte, sich durch die Prager Vorgänge vom Abschluß des Nichtweiterverbreitungsvertrags abbringen zu lassen. Ein entschiedener Gegner dieses Vertrags wie NATO-Botschafter Wilhelm G. Grewe, der sich allerdings darüber im klaren war, welchem Druck die Bundesrepublik bei einer Nicht-Unterzeichnung ausgesetzt wäre, hatte in den ersten Wochen nach der Intervention noch zu bedenken gegeben: „Wenn jedoch ein taktisch günstiger Zeitpunkt gewählt wird – die Desillusionierung nach den Prager Ereignissen bietet sich als solcher an –, und wenn mit wirkungsvollen Argumenten operiert wird, so läßt sich diese Belastungsprobe im Kreise der Allianz durchstehen.“⁶⁵ Zwei Wochen später mußte er aber berichten, daß der amerikanische UN-Botschafter George Ball keinen Zweifel daran ließ, daß der sowjetisch-amerikanische Dialog über die Rüstungskontrolle fortgesetzt und die Verhandlungen über ABM-Systeme und offensive strategische Nuklearwaffen aufgenommen werden müssen. Gegenüber den Argumenten Grewes und des NATO-Generalsekretärs Manlio Brosio, „es bedürfe einer gewissen Beruhigungszeit“, entgegnete Ball, daß es für das Abwarten eine Grenze gebe.⁶⁶

Da die Sowjetunion und de Gaulle, mit etwas ausgeprägterer Souplesse auch die britische Diplomatie, auf eine deutsche Unterschrift drängten, hat die bei der tschechoslowakischen Krise zu Tage getretene Exponiertheit der Bundesrepublik die Bereitschaft zur schließlichen Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags verstärkt.

⁶⁴ Gespräch zwischen Kiesinger und Zorapkin, 2. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 277, S. 1070.

⁶⁵ Grewe an Ruete, 5. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 283, S. 1096.

⁶⁶ Grewe an das Auswärtige Amt, 19. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 307, 1188.

Auch bezüglich der entscheidenden deutsch-sowjetischen Differenzen über die Nicht-Anerkennung der DDR hat die Intervention wohl dazu beigetragen, die Evolution in Richtung einer vertraglich festgelegten Akzeptanz der DDR zu beschleunigen. Am weitesten ging dabei Egon Bahr, er äußerte sich in einem internen, für Bundesaußenminister Brandt bestimmten Memorandum am radikalsten: „Die Fiktionen, die wir immer weiter mit uns schleppen, werden von uns und anderen zu einem Strick gedreht, der uns erdrosseln kann. [Artikel] 53 und 107 sind dieselbe Schimäre wie das Fortbestehen Deutschlands als Ganzes. Beides steht auf dem Papier. Während wir aber nicht in der Lage waren, aus dem Papier Wirklichkeit werden zu lassen, beginnt nun die Sowjetunion, aus dem Papier Politik zu machen . . . Weil wir die deutsche Frage offenhalten und die Teilung nicht legalisieren wollen, weil es keinen einheitlichen Friedensvertrag gibt, weil die Vier Mächte Sonderrechte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin behalten haben, führen alle diese Argumente, 23 Jahre nach dem Kriege, eine groteske Scheinexistenz.“⁶⁷

Bahr drängte nun nachdrücklich auf einen „Friedensvertrag für zwei deutsche Staaten“⁶⁸. Er plädierte, wie schon erwähnt, für eine Wiederaufnahme des Dialogs mit Moskau und hatte kein Bedenken, als Ausgangspunkt einer Politik zur Überwindung des Status quo mittels Anerkennung desselben die Erklärung vorzuschlagen, „die DDR sei ein Staat“⁶⁹.

Immerhin hatte es aber den Anschein, als brauche man sich dabei nicht zu beeilen. Im Moment drängte vor allem die Sowjetunion, jetzt beunruhigenderweise unterstützt von de Gaulle, auf radikales Überdenken der deutschen Frage. Großbritannien hielt sich bedeckt, und die neugewählte amerikanische Regierung würde erst im Frühjahr 1969 handlungsfähig sein. Dann kamen die Bundestagswahlen mit vorerst noch nicht absehbarem Stärkeverhältnis zwischen den Unionsparteien und der SPD. Die Unionsparteien waren damals sicherlich noch nicht bereit, so weitgehende Konzessionen ins Auge zu fassen. Auch Brandt, der schließlich in die Große Koalition eingebunden war, taktierte sehr vorsichtig. Insgesamt aber hat die Krise in der ČSSR in Bonn die Auffassung verstärkt, es sei wohl bald an der Zeit, auch und vor allem in der „deutschen Frage“ Ballast abzuwerfen, um den starken sowjetischen Druck loszuwerden, der die Verbündeten zunehmend irritierte.

Eigentlich hätte die Intervention des Warschauer Pakts auch zum Katalysator einer Wiederbelebung der NATO werden können. Unter den Parteien der Regierungskoalition wurde dies vor allem im Unions-Lager erhofft. Bundeskanzler Kiesinger beispielsweise eröffnete am 11. Oktober 1968 dem amerikanischen Verteidigungsminister Clark Clifford, er sei davon überzeugt, daß man „an einem entscheidenden Augenblick der Geschichte angekommen sei, der vielleicht zum letzten Mal die Chance biete, gemeinsam das Erforderliche zu tun“⁷⁰. Er verwies dabei auf die Äußerung ei-

⁶⁷ Aufzeichnung Bahr, 11. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 293, S. 1132f.

⁶⁸ Ebenda, S. 1133.

⁶⁹ Aufzeichnung Bahr, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 324, S. 1280.

⁷⁰ Gespräch zwischen Kiesinger und Clifford, 11. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 335, S. 1314.

nes europäischen Ministerpräsidenten: „die Russen seien töricht gewesen, denn hätten sie zwei Jahre gewartet, so wäre von der NATO nichts mehr übrig gewesen.“⁷¹ Er jedenfalls sei überzeugt, „wir lebten in der schrecklichen Gefahr, daß der Westen zu rasch bereit sein könnte, die beträchtlichen Opfer, die zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsposition erforderlich seien, zugunsten anderer wünschenswerter Ziele im Sinne der modernen Wohlfahrtspolitik aufzugeben“⁷². Bei Kiesinger spielte zudem immer auch die Überlegung eine Rolle, Moskau könne mit Blick auf die ständig zunehmenden Spannungen mit der Volksrepublik China versucht sein, vor dem Ausbruch eines militärischen Konflikts mit den Chinesen in Europa eine vielleicht gleichfalls durch Gewaltanwendung gekennzeichnete Vorfeldbereinigung vorzunehmen⁷³.

Wie schon ausgeführt, brachte jedoch die Regierung Kiesinger selbst nicht die Kraft auf, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen. Nachhaltigere Initiativen zur Verstärkung der NATO verboten sich kurzfristig vor allem auch deshalb, weil sich die USA mitten im Präsidentschaftswahlkampf befanden. Zudem hätte jeder energische Versuch in dieser Richtung den Bruch mit de Gaulle noch vertieft. In puncto Revitalisierung der NATO hat somit die ČSSR-Krise keine größere Rolle gespielt.

Dasselbe gilt für das allgemeine Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA, doch ebenso zu Frankreich. In Washington ging die Ära der Präsidenten aus den Reihen der Demokraten zu Ende, in Frankreich die Ära de Gaulle. Als schließlich Nixon in Washington und Mitte 1969 Pompidou in Frankreich die Zügel in die Hand nahmen, gehörte die ČSSR-Krise von 1968 schon der Vergangenheit an. Im Frühjahr 1969 wurde die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei wieder erbarmungslos gleichgeschaltet. Alexander Dubček, der als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei zusehends nur noch ein Schattendasein geführt hatte, mußte Gustav Husák weichen. Josef Smrkovský wurde trotz öffentlicher Selbstkritik aus dem Parteipräsidium entfernt. Selbst der berühmte Olympiasieger Oberst Emil Zátopek, der es gewagt hatte, den Einmarsch des Warschauer Pakts scharf zu kritisieren, wurde degradiert. Im August 1969 herrschte in der ČSSR erneut politische Friedhofsruhe.

Auch das politische Bonn war schon längst wieder zur Tagesordnung übergegangen. Künftig wurde es hier als eine bleibende Lehre der tschechoslowakischen Krise verstanden, daß man zu Reformkommunisten oder zu offen protestierenden Dissidenten deutliche Distanz zu halten habe. Geboten und erlaubt schien allenfalls die Bitte gegenüber den repressiven Autoritäten um menschliche Behandlung oder Expatriierung im Einzelfall. So hat sich Bonn gegenüber den Unterzeichnern der Charta 77, gegenüber den „Helsinki-Gruppen“ in der Sowjetunion und 1980/81 gegenüber „Solidarność“ verhalten. Auch in dieser Hinsicht wirkte die ČSSR-Krise von 1968 als Katalysator für Ängstlichkeiten, die zwar zuvor schon ersichtlich waren, von nun aber verhaltensbestimmend wurden und die Bonner Entspannungspolitik bis in die Jahre des Umbruchs 1989/90 kennzeichneten.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Ebenda, S. 1315.

⁷³ Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Franco, 29. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 357, S. 1395f.